
Fachlehrpläne

Gymnasium: Politik und Gesellschaft 11 (SWG)

gültig ab Schuljahr 2023/24

Hinweis: In der [Wissenschaftswoche](#) erarbeiten die Schülerinnen und Schüler im zeitlichen Umfang einer Woche fachspezifische Zugänge zu einem fächerübergreifenden Rahmenthema, insbesondere in Vorbereitung auf das Wissenschaftspropädeutische Seminar.

PuG11 Lernbereich 1: Die Bedeutung der demografischen Entwicklung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt verstehen (ca. 17 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *untersuchen Auswirkungen des demografischen Wandels auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, vollziehen die Bedeutung staatlichen Gestaltens nach und erkennen Solidarität als zentralen gesellschaftlichen Wert.*
- erschließen durch Auswerten grafischer Darstellungen wesentliche Faktoren der Bevölkerungsstruktur und Grundzüge der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, um zu erwartende Auswirkungen auf den Altersaufbau und die geographische Verteilung der Bevölkerung zu erkennen sowie die damit verbundenen Herausforderungen zu beurteilen.
- untersuchen die Aufbereitung demografischer Datenreihen (u. a. Entwicklung der Geburtenrate) in verschiedenen Diagrammen oder Schaubildern, um den Aussagewert und die Intention unterschiedlicher Darstellungsweisen zu beurteilen.
- reflektieren zentrale Ursachen des demografischen Wandels, um grundsätzliche Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Lenkung zu diskutieren und eine aktuelle politische Maßnahme (z. B. im Bereich des generativen Verhaltens oder der Migration) zu bewerten.
- informieren sich über eine familienpolitische Maßnahme aus der jüngsten Vergangenheit in Deutschland, um deren Auswirkungen auf die demografische Situation zu beurteilen und Grenzen staatlicher Einflussnahme auf das Privatleben zu reflektieren.

- setzen sich mit einer Theorie zum Wertewandel auseinander, um das Spannungsverhältnis von Bewahrung und Veränderung in der Gesellschaft nachzuvollziehen.
- ermitteln mithilfe aktueller Materialien Facetten des Wertewandels in der Gesellschaft, erkennen, dass dieser zugleich Ursache und Folge soziokulturellen Wandels ist und reflektieren dabei Optionen für die eigene Lebensgestaltung.
- analysieren mögliche Auswirkungen demografischer Entwicklungen auf unterschiedliche Lebensbereiche (z. B. Wohnungsmarkt, ÖPNV, Bildung), um die Bedeutung staatlichen Gestaltens für den Zusammenhalt der Gesellschaft zu erkennen.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Faktoren der Bevölkerungsstruktur (z. B. Alter, Konfession, Geschlecht, Einkommen, Haushaltsgröße) und Grundzüge der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland
- Ursachen des demografischen Wandels und dessen Auswirkungen auf den Generationenvertrag, mögliche Folgen wie Regionen- und Generationenkonflikt
- politische Lösungsansätze zur Unterstützung gesellschaftlicher Stabilität
- eine Theorie zum Wertewandel; Zusammenhang zwischen Einstellungen sowie Werten und dem soziokulturellen Wandel (u. a. Enttraditionalisierung, Individualisierung)

PuG11 Lernbereich 2: Politische Willensbildung im Medienzeitalter reflektieren (ca. 17 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *untersuchen den Einfluss vor allem digitaler Medien auf die politische Willensbildung der Bevölkerung, um Medien verantwortungsvoll und reflektiert zu nutzen.*
- recherchieren (z. B. durch Befragung verschiedener Alterskohorten wie Gleichaltrige, Eltern, Großeltern), wesentliche Entwicklungen in der Medienlandschaft und untersuchen deren Auswirkungen auf das Mediennutzungsverhalten.
- setzen sich vor dem Hintergrund der Gewaltenteilung kritisch mit der wichtigen Rolle der Medien als „Vierte Gewalt im Staat“ auseinander

und vergleichen die Rolle der Medien in unterschiedlichen Staatsformen, um die Bedeutung freier Medien in demokratischen Staaten wertzuschätzen.

- beschreiben die durch mediale Vermittlung bzw. durch die Selbstdarstellung von Politikerinnen und Politikern beeinflusste Wahrnehmung von Politik in der Öffentlichkeit, um die Darstellung politischer Vorgänge zu beurteilen.
- analysieren Möglichkeiten und Gefahren der Einflussnahme auf den politischen Diskurs in digitalisierten Gesellschaften und erkennen wesentliche Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie und auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die freiheitliche demokratische Grundordnung.
- erkennen Chancen für politischen Meinungs-austausch und persönliche Meinungsbildung durch digitale Möglichkeiten der Teilhabe am politischen Diskurs, um Medien verantwortungsbewusst und reflektiert zu nutzen.
- setzen sich kritisch mit der zunehmenden Bedeutung von Verschwörungsmythen auseinander, um deren Wirkmechanismen zu durchschauen und deren Einwirken auf die politische Willensbildung zu erkennen.
- bewerten Erscheinungsformen (z. B. die Bezeichnungen „Lügenpresse“, „System-Medien“) und mögliche Ursachen für den Glaubwürdigkeitsverlust und die Skepsis gegenüber Medien in Teilen der Gesellschaft, um das Bedrohungspotenzial dieser Entwicklung für das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit zu erkennen.
- diskutieren Regularien zum Schutz gegen Desinformation und den Missbrauch der Meinungsfreiheit im Netz, um deren Notwendigkeit und Grenzen zu begreifen.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Entwicklungen in der Medienlandschaft, z. B. Privatfernsehen und Streaming-Dienste, digitale Berichterstattung, Krise des Printjournalismus, Social Media, Bürgerjournalismus
- Wechselwirkung von Mediennutzung und Medienlandschaft in Deutschland; Streben nach gesicherten Informationen
- Funktion der Medien als „Vierte Gewalt im Staat“, z. B. investigativer Journalismus als Kontrollmöglichkeit, Funktion des Presserats, Frage nach der demokratischen Legitimation medialer Entscheidungsträger, wirtschaftliche Interessen und Abhängigkeiten als Herausforderung für eine freie Presse
- Chancen und Gefahren medialer Vermittlung von Politik und von Selbstdarstellung von Politikerinnen und Politikern, z. B. Pluralität

an Meinungen, Personalisierung, Vereinfachung und Pointierung von Inhalten, Infotainment, Identifikation etwa durch inszenierte Einblicke ins Privatleben

- Gefahrenpotenzial von Verschwörungsmythen, z. B. rassistische, antisemitische oder antielitäre Verschwörungsmythen, wie die Holocaustleugnung, der sog. „Bevölkerungsaustausch“, zur Verbreitung von Pandemien oder die Leugnung der Existenz der Bundesrepublik durch sog. Reichsbürger
- Möglichkeiten der Einflussnahme auf den gesellschaftlichen Diskurs, z. B. Hacker-Angriffe, gezielte Falschmeldungen und Social Bots, aber auch durch Wahl-O-Mat, Onlinebefragungen
- Möglichkeiten der positiven Einflussnahme des Einzelnen auf den gesellschaftlichen Diskurs durch Formen digitaler Teilhabe, z. B. Einbindung aller Mitglieder politischer Parteien und Organisationen in Entscheidungsprozesse, Chancen des Einbezugs von Menschen mit Lese-, Hör- oder Sehbeeinträchtigung
- Glaubwürdigkeitsverlust der Medien und Medienskepsis in Teilen der Gesellschaft als Bedrohung für das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit
- Möglichkeiten und Grenzen bei der Bekämpfung von gezielter Desinformation im Netz, Regulierungsbedarf

PuG11 Lernbereich 3: Für den demokratischen Rechtsstaat eintreten (ca. 17 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *erfassen vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen für den demokratischen Rechtsstaat Maßnahmen und Strategien, diesen zu schützen, und reflektieren dabei auch Möglichkeiten persönlichen Engagements für die Demokratie.*
- erschließen (z. B. mithilfe eines Erklärvideos) Kennzeichen der Rechtsstaatlichkeit und erfassen aktuelle Herausforderungen für den Rechtsstaat (z. B. Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit, juristische Verantwortung beim Einsatz von Algorithmen, Unschuldsvermutung und Pre-Crime-Instrumente), um die Notwendigkeit und die Grenzen staatlichen Handelns zu reflektieren und Szenarien zur Weiterentwicklung des Rechtsstaats nachzuvollziehen.

- erkennen, dass Recht in einem demokratischen Staat einerseits individuelle Freiheit einschränkt und andererseits eine Schutz- und Ordnungsfunktion übernimmt und die Freiheit aller sichert, um so das Leben in einem Rechtsstaat wertzuschätzen.
- diskutieren auf Grundlage aktueller Medienberichte Herausforderungen durch Extremismus, Fundamentalismus und Terrorismus für die freiheitliche demokratische Grundordnung u. a. in Sozialen Medien, um das Erfordernis des Eintretens für demokratische Grundwerte zu erkennen.
- erarbeiten vor dem Hintergrund der Entstehungsbedingungen des Grundgesetzes wesentliche Kennzeichen und Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie und diskutieren deren Wirksamkeit zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.
- analysieren staatliche und gesellschaftliche Strategien im Umgang mit alltäglichen Ausgrenzungen (z. B. Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus) und erfassen Möglichkeiten des persönlichen Engagements für Minderheitenschutz und Gleichberechtigung im demokratischen Rechtsstaat.
- vergleichen Möglichkeiten der staatlichen Einwirkung auf das menschliche Verhalten im Spannungsfeld zwischen Verboten und Strafandrohung einerseits und der Schaffung von Anreizen andererseits, um den Wert eigenverantwortlichen Handelns im Rahmen staatlicher Regelungen zu erkennen.
- setzen sich mit Funktionsweisen (z. B. der gezielten Nutzung Sozialer Medien) und Zielen von Populismus in Deutschland und in Europa auseinander und diskutieren dessen mögliche Auswirkungen auf die Demokratie.
- analysieren aktuelle Tendenzen zur Spaltung der Gesellschaft (z. B. im Bereich der Migration oder des Umgangs mit Pandemien), um die Notwendigkeit von konstruktiver Lösungsorientierung und Kompromissfähigkeit für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie zu erfassen.
- erproben in einem politischen Argumentationstraining Strategien, um eigene Interessen zu artikulieren, um für demokratische und rechtsstaatliche Grundwerte einzustehen.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- zentrale Kennzeichen der Rechtsstaatlichkeit, z. B. Rechtsweggarantie, Bindung der staatlichen Gewalt an das Recht, Minderheitenschutz
- aktuelle Herausforderungen des Rechtsstaats an Beispielen, Szenarien zur Weiterentwicklung des Rechtsstaats

- wesentliche Kennzeichen und Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie, z. B. Wertgebundenheit des Grundgesetzes, herausgehobene Position von Menschenwürde und Grundrechten, Ewigkeitsklausel, Widerstandsrecht, Verbot von verfassungsfeindlichen Vereinigungen und Parteien (auch Entzug der Parteienfinanzierung), Einschränkung bestimmter Grundrechte bei verfassungsfeindlichen Bestrebungen
- staatliche und gesellschaftliche Reaktionen auf Extremismus, Fundamentalismus oder Terrorismus, z. B. Antiterrorgesetzgebung, Antisemitismusbeauftragte, Stärkung der Politischen Bildung, Umgang mit Hasskommentaren in Sozialen Medien, Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, Argumentationstraining gegen „Stammtischparolen“, lebendige Bürgergesellschaft
- Rechtsetzung zwischen Verbot und Anreiz, z. B. im Bereich Klimaschutz
- Wirkmechanismen von Populismus
- Lösungsorientierung und Kompromissfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen als Voraussetzung für die Stabilität einer Demokratie
- kommunikative Strategien zur Artikulation eigener Interessen, zum Formulieren von Kompromissen und zum Eintreten für demokratische Werte

PuG11 Lernbereich 4: Die föderale Demokratie Deutschlands mitgestalten (ca. 14 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *erfassen Möglichkeiten, auf kommunaler und auf Landesebene mitzuwirken, und verstehen den föderalen Aufbau unserer Demokratie als wichtiges Mittel der Gewaltenteilung und der demokratischen Mitbestimmung als Ausdruck von Vielfalt.*
- diskutieren an einem Politikfeld (z. B. Umweltpolitik oder Integration) Chancen politischen Handelns auf kommunaler Ebene sowie im Freistaat Bayern, leiten daraus Möglichkeiten persönlicher Einflussnahme ab und reflektieren davon ausgehend das Verhältnis zwischen Interessendurchsetzung und Gemeinwohlorientierung in der repräsentativen Demokratie.
- erproben (z. B. im Rahmen eines Planspiels oder eines Workshops) Ideen für eine Beteiligung von Jugendlichen im kommunalen Bereich, um Möglichkeiten der Mitgestaltung zu reflektieren.

- reflektieren (z. B. ausgehend von einem Expertengespräch oder dem Besuch einer Gemeinde- oder Stadtratssitzung) die Handlungsmöglichkeiten der Kommunal- oder Landespolitik vor Ort, um die direkte Erfahrbarkeit demokratischer Entscheidungsprozesse als Wert an sich und als Ausdruck von Bürgernähe wertzuschätzen.
- setzen sich mit Regelungen und einem konkreten Beispiel zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid und zu Volksbegehren und Volksentscheid in Bayern auseinander, um Möglichkeiten direktdemokratischer Mitbestimmung kennenzulernen.
- entwickeln Szenarien zur Übertragbarkeit plebiszitärer Elemente auf Bundesebene (z. B. Einführung von Quoren, Beschränkung auf bestimmte Themenfelder), um deren Möglichkeiten und Grenzen auf gesamtdeutscher Ebene zu diskutieren.
- vergleichen kriteriengeleitet (z. B. Bürgernähe, Gewaltenteilung, Partizipationsmöglichkeiten, Effizienz, Ideenwettbewerb und kulturelle Vielfalt) politisches Handeln in einem zentralistischen und einem föderalistischen Staat (z. B. in Form einer digitalen Pinnwand) und beurteilen so die Chancen der beiden ordnungspolitischen Positionen.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- Politik auf kommunaler Ebene und auf Ebene des Freistaats Bayern, Subsidiaritätsprinzip
- Funktionsweisen repräsentativer Demokratien
- direkte Demokratie: plebiszitäre Elemente auf kommunaler Ebene und auf Landesebene, Szenarien zur Übertragbarkeit auf Bundesebene
- Vergleich einer föderalistischen mit einer zentralistischen Ordnung, u. a. Machtkontrolle und Vielfalt

PuG11 Lernbereich 5: Die politische Gestaltung globalen Zusammenlebens reflektieren (ca. 16 Std.)

Kompetenzerwartungen

Die Schülerinnen und Schüler ...

- *erkennen die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Globalisierungsprozessen und entwickeln ausgehend von einer Auseinandersetzung mit den Vereinten Nationen eine Vorstellung von der Bedeutung multilateraler Kooperation.*

- diskutieren auf der Basis ihrer Kenntnisse globaler wirtschaftlicher Zusammenhänge deren soziale, kulturelle bzw. ökologische Auswirkungen in verschiedenen Regionen der Welt (z. B. Wandel von Rollenbildern, digitale Kommunikationsmedien, Transfer von Technologien, Klimawandel), um ein differenziertes Bild von Globalisierungsprozessen zu gewinnen.
- erkennen angesichts einer globalen Herausforderung wie Klimawandel oder Migration Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahme auf die Folgen der Globalisierung, um das Spannungsfeld zwischen nationalstaatlichen, bilateralen und multilateralen Regelungen zu reflektieren.
- ermitteln (z. B. ausgehend von UN-Charta und einem Struktogramm) Ziele, Aufbau und zentrale Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen, um deren Rolle als Forum multilateraler Kooperation zu erkennen.
- untersuchen an aktuellen Beispielen Legitimation, Entscheidungsfähigkeit und Durchsetzbarkeit von Entscheidungen der Vereinten Nationen, um deren Potenzial für eine positive Gestaltung der Globalisierung zu diskutieren.
- erfassen die Bedeutung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDG) und untersuchen die Arbeit einer UN-Hilfsorganisation, um zu einem umfassenden Bild der Bedeutung der Vereinten Nationen zu kommen.
- diskutieren vor dem Hintergrund ihrer Kenntnisse über Aufbau und Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen einen aktuellen Reformvorschlag für die UN, um die Komplexität des Systems nachzuvollziehen.
- erfassen Tendenzen zur Renationalisierung und Regionalisierung unter anderem als Reaktion auf Auswirkungen der Globalisierung und reflektieren den Identitätsbegriff vor dem Hintergrund regionaler, nationaler und globaler Einflüsse.
- ermitteln (z. B. auf Grundlage geeigneter Interviews oder Onlinediskussionen) die Argumente von Globalisierungsbefürwortern sowie -kritikern und führen davon ausgehend eine Diskussion, ggf. eine Talkshow, durch, um den Einfluss der Globalisierung für Frieden und Demokratie in der Welt zu bewerten.
- setzen sich mit der Idee von Global Governance auseinander, um Anknüpfungspunkte, Möglichkeiten und Hemmnisse dieses Konzeptes nachzuvollziehen.
- analysieren Formen von internationalen Regimen und Global Governance, um deren Beitrag zur Verminderung von globalen Gefährdungen zu beurteilen.

Inhalte zu den Kompetenzen:

- soziale, ökologische und kulturelle Auswirkungen der Globalisierung in Grundzügen
- Spannungsfeld zwischen nationalstaatlichen, bilateralen und multilateralen Möglichkeiten zur politischen Gestaltung der Globalisierung
- Ziele, Aufbau und Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen
- Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen
- Gegenbewegungen zur Globalisierung
- Chancen und Herausforderungen im Bereich Global Governance